

Privatisierung verträgt sich nicht mit Demokratie.

Die Finanzen von Kommunen, Bund und Ländern sind klamm- so erfahren wir es jeden Tag aus den Medien. Dass enorme Steuererleichterungen für Konzerne und Vermögende dafür verantwortlich sind, wird im selben Atemzug verschwiegen. Die Blockpolitiker (SPD/Grüne/CDU/FDP) sprechen lieber von einem "Investitionsklima", das man ausländischen Investoren (internationale Großkonzerne) und "Unternehmen" (nationale weltweit operierende Großkonzerne) anbieten muss. Bekanntermaßen ist das Klima nicht so ohne weiteres veränderbar und wenn doch, dann höchstens zum profitableren - aus Wäldern sind schnell Wüsten gemacht, aus Wüsten nur schwerlich Wälder. So schnell wie eine Brandrohung etwa wirkte sich das Rot-Grüne Geschenk an die Konzerne in Form der Senkung der Körperschaftssteuer um mehr als die Hälfte im Jahre 2001 aus. Während im Jahr zuvor die Kapitalhalter noch 23,6 Mrd. Euro abführten, mussten danach die Finanzämter 400 Mill. zurückzahlen! (Quelle: BMdF; DIW Wochenbericht 36-37/2003)

In dem Labyrinth Steuerpolitik lassen sich noch einige weitere Gründe für die gewollte Finanzknappheit finden. Es kann schwerlich ein Zufall sein, dass dieser Irrgarten das Format XXL besitzt und ohne Reiseführer in Form eines ausgewiesenen Steuerexperten nicht begangen werden kann. Hier ist schon das erste Demokratiedefizit zu verzeichnen. Der normale Bürger ist von der Kontrolle der Steuererhebung ausgeschlossen. In einer Demokratie sollten aber weite Teile der Bevölkerung die Einnahmequellen öffentlicher Finanzen nachvollziehen können, ansonsten bleibt dieser Bereich in der Einflussphäre derjenigen, die sich Expertenwissen kaufen können.

Kommunen, aber auch Bund und Länder, reagieren gerne mit Privatisierung öffentlicher Einrichtungen, um der Finanznot Herr zu werden, wobei der Eindruck nicht unterbleibt, dass es dabei Politiker gibt, die diese Entwicklung ausgesprochen begrüßen. Das Bedauern von Roland Koch oder Ole von Beust hinsichtlich ihrer Landeskliniken hält sich doch sehr in Grenzen, freiwillig bringen sie wesentlich mehr Energie auf, um Skeptiker zu überzeugen. Es sind aber nicht nur "große" Köpfe, die dafür eintreten; dieser Virus erfasst ganze Fraktionen in den Parlamenten. Eine Gefühlsdiffusion tritt ein, wie bei einer Verliebtheit - jetzt kommt das große Glück, alles wird von nun an besser.

Dummerweise ist das ganz große Glück aber noch nicht eingetreten. Wie auch? Öffentliche Aufgaben sind nun mal, rein betriebswirtschaftlich betrachtet, nicht rentabel!

Die Ökonomen wollen dies nicht akzeptieren und suchen nach Möglichkeiten, die Nacht zum Tage zu verklären. Also werden Arbeitsplätze abgebaut, Arbeitszeiten erhöht, Löhne gesenkt und das Angebot eingeschränkt. Solange, bis man zwar Geld mit einem Krankenhaus oder einem Betriebshof verdienen kann, aber zu welchem Preis für Mitarbeiter und Bürger? Insgesamt lässt sich sagen, dass weder die großzügigen Steuersenkungen noch die Privatisierungen irgendwelche positiven Effekte für die Bevölkerung zeichnen. Das alleine ist schon ausreichend, um Privatisierungen abzulehnen.

Privatisierungsbestrebungen tragen nicht nur Probleme der Umsetzbarkeit in sich, sondern auch die Frage der Legitimität. Noch leben wir in einer Demokratie, d.h. jeder Bürger dieses Staats ist nicht nur Teil davon, sondern auch Souverän. Das bedeutet, dass öffentliches Eigentum nicht einfach Eigentum der Kommune oder des Staates ist, sondern Eigentum der Bürger! Wenn Politiker den ihnen anvertrauten Besitz des Bürgers verkaufen, ohne einen voll umfassenden Gegenwert zu bekommen, handeln sie nicht nur falsch, sondern in höchstem Maße undemokratisch. Sie hintergehen den ihnen mandatserteilenden Souverän. Privatisierung ist somit ein Akt schleichenden Demokratieabbaus. Ein weiteres sichtbares Zeichen, dass in unseren Parlamenten gegen die Bürger gestimmt wird.

Carsten Ernst